

# Lichtenstein-Coburger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Sebnitz, Mültitz, Bernsdorf, Niesdorf, St. Gallen, Sebnitz, Rositz, Radeberg, Ortmannsberg, Witten St. Nicola, St. Jacob, St. Nicola, Elgersdorf, Thum, Niederwiesenthal, Radeberg und Lichtenstein

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alleinige Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 228.

69. Jahrgang.

Donnerstag, den 2. Oktober

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Donnerstag, den 2. Oktober, Marmelade und Honig auf den Kopf je 1/2 Pfund für zusammen 1,10 Mark gegen Marke S 3 der A-Karte. Buchenöl, auf den Kopf 100 g für 1,40 Mk., bei Richter und Pojer gegen Landesfettkarte — Kopschnitt 4.  
Bohnen, auf den Kopf 1/2 Pfund für 63 Pfg. gegen Marke T 3 der A-Karte. Der Ortsernährungsausschuß für Callenberg.

## Kurze wichtige Nachrichten.

In einer Einigung in der Revision der Reichsregierung ist es noch nicht gekommen, die Entscheidung wird vor Donnerstag jedenfalls nicht erfolgen.

Die politische Entwicklung der Dinge in Böhmen drängt zu einer Lösung. Die Presse der böhmisches Volkspartei betont die Notwendigkeit einer Landtagsauflösung und sieht in Neuwahlen allein die Rettung aus dem parteipolitischen Chaos.

Von General Ludendorff wird Anfang Oktober noch ein Buch erscheinen. Es soll den Verlauf seiner Auswärtigen Beziehungen mit der heutigen Regierung darlegen und wird den Titel tragen: Das Verschieben der Verantwortlichkeit.

In der Jüme-Frage erhebt die italienische Regierung ein Vertrauensvotum mit 60 Stimmen Mehrheit. Die italienische Deputiertenkammer ist aufgelöst worden. Die Wahlen sind zum 7. Oktober ausgeschrieben.

Die Räumung des Baltikums schreitet fort. Ein Jägerbataillon und eine Eskadron sind nach Deutschland abtransportiert worden.

Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ erzählt von den amerikanischen Behörden, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag einschließlich des Völkerbundtraktats schließlich doch mit einer Mehrheit von 74 Stimmen, d. h. 10 Stimmen mehr, als die erforderliche Mehrheit ratifiziert werde.

In der Frage der Autonomie für Oberösterreich wurde zwischen den oberösterreichischen Abgeordneten u. der preussischen Staats- und Reichsregierung eine Einigung erzielt.

Nach einer Meldung aus Warschau haben die russischen Truppen nach weitestgehendem erfolglosem Kampf die Befestigungen von Lubary am südlichen Ufer der Düna genommen.

„Amos“ wird aus Sofia gemeldet: Die Verwirklichung der Friedensbedingungen einer großen Behauptung hervor. Die Zeitungen erklären, daß der Vertrag unannehmbar sei. Es heißt, daß die öffentliche Meinung nach und nach zu einer besseren Einschätzung der für Bulgarien geschaffenen Lage gelangt.

Forschermeister Vermuth hat sich als Vermittler im Berliner Metallarbeiterstreik angeboten. Die Verhandlungen werden wieder aufgenommen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung zur Prüfung der Schuldfragen des Krieges beschloß, eine Reihe von Untersuchungen einzuleiten, die einzelne Punkte besonders unterrichten, wie die Völkerrechtsfragen, die belgische Angelegenheit, die Maßnahmen gegen die Kollaboration in den besetzten Gebieten, die armenische Frage usw.

## Die Uebergänge der Belgier.

Antwortnote der Entente.

Von dem Präsidenten der Friedenskonferenz ist folgende Antwortnote eingegangen:

Paris, 26. September. Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihrer Note vom 1. und 3. August zu bestätigen. Die von den belgischen Behörden in den Kreisen Eupen und Malmedy ergriffenen Maßnahmen scheinen bei der deutschen Regierung eine schwer erklärbare Aufregung hervorgerufen zu haben. Durch Artikel 34 des Friedensvertrages hat Deutschland zugunsten Belgiens auf alle Rechte u. Ansprüche auf das gesamte Gebiet der Kreise Eupen und Malmedy verzichtet mit dem einzigen Vorbehalt, daß der Völkerbund künftighin die Rückkehr dieser Gebiete, ganz oder teilweise, zu Deutschland anordnen könnte, wenn die Mehrheit der Bevölkerung in den in demselben Artikel bestimmten

Distrikten den Wunsch danach ausdrückt. Aus dieser Annahme folgt, daß das Selbstbestimmungsrecht über die in Rede stehenden Gebiete tatsächlich auf Belgien übergehen wird, und zwar vom Tage der Unterzeichnung des ersten Protokoll über die Uebergabe der Antifikationen, falls nämlich die belgische Antifikation an dem betreffenden Datum übergeben wird. Die belgische Regierung wird also, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist, für die Uebertragung aller öffentlichen Aemter in der abgetretenen Gebieten zu sorgen haben; unter den Beamten, deren Ernennung sie zu sichern haben wird, befinden sich auch die Eisenbahnbeamten. Indem die belgischen Behörden sich bereits sehr mit den Bedingungen beschäftigen, unter welchen die Uebertragung der Souveränität sich vollziehen wird, und indem sie die Maßnahmen vorbereiten, welche geeignet erscheinen, diese Uebertragung künftighin zu erleichtern, beabsichtigen diese Behörden, so weit es in ihrer Macht liegt, ihre Rechte zu überschreiten, lediglich des Interesses der Bevölkerung der Gebiete wahrzunehmen, welche binnen kurzem unter belgische Hoheit treten werden. Uebrigens ist es in Erwägung des Inkrafttretens des Vertrages den belgischen Behörden vollkommen gestattet, in ihrer Eigenschaft als besetzende Macht in direkte Beziehungen zu den Beamten der preussischen Eisenbahnerverwaltung zu treten. Die belgische Regierung weicht sich übrigens nicht mit der deutschen Regierung in Verhandlungen einzutreten in betreff der Fragen, welche sich auf die Ausführung des Vertrages in den Kreisen Eupen und Malmedy, in Neutral-Moresnet und in Deutsch-Waldesnet beziehen. Sie macht jedoch zur Bedingung, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, bei dieser Gelegenheit in irgend etwas den Wert der belgischen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, wie dies durch den Vertrag vom 28. Juni auf die in den Artikeln 23, 24 und 25 dieses Vertrages erwähnten Gebiete anerkannt sind.

Dem Notwendigen liegen, wie erinnerlich, folgende Punkte zugrunde: Die belgischen Behauptungen haben sich in den Kreisen Eupen und Malmedy gegen die deutschen Behörden große Uebergriffe erlaubt. So hat der Verwaltungskontrolleur des Kreises Eupen an den Landrat dieses Kreises eine Audienz gerichtet, in der es heißt, er nehme an, daß der Landrat überhaupt nicht mehr um Befehle von der Berliner Regierung und dem belgischen Regierungspräsidenten kümmern, und hierzu nahm die deutsche Regierung in einer Note vom 1. August Stellung, in der sie ausdrücklich betont, daß ein Eingreifen der belgischen Behörde vor der Ratifikation des Friedens unzulässig ist. Hierzu kommt die Vorgänge auf dem Bahnhof Herzbeinhart. Dort hatte der belgische Bahnhofsbeamte den deutschen Behörden mitgeteilt, sie hätten unverzüglich den Bahnhof und dessen Umgebung zu verlassen, die deutschen Bahnhofsbeamten konnten jedoch unter gleichen Bedingungen wie in Deutschland in belgische Dienste treten. Unsere Note darüber vom 3. August trug den gleichen Gehalt, aus dem die erste Note. Sie wurde dem Vorsitzenden der internationalen Kommission überreicht. Sie bittet, die belgische Regierung möge ihre Behörden auf das Unrechtmäßige ihres Vorgehens hinweisen. Die Antwort, die wir über veröffentlichen, ist Sonntag abend bei der deutschen Regierung eingetroffen.

## Die Nationalversammlung in Berlin.

Berlin, 30. September. Die Nationalversammlung, die ihre arbeitsreichen Arbeiten in Weimar beenden wird nun in Berlin weiter tagen, nachdem das Reichstagsgebäude von den üblen Nebeneinwirkungen der Revolution säubert und gereinigt ist. Ein neuer Geist

will nun im Ballbau wachen, möge aus ihm Ergo für unser armes Volk und Land erwachsen. Es gibt noch soviel wichtige Aufgaben zu lösen, besonders auch ein Bündel von neuen Gesetzen unter Dach und Fach zu bringen, das Rechtsverkehr im Lande wieder zu beleben, Gegenströmungen, die dem Vollen nicht förderlich sind, niederzuhalten, Auswüchse der Revolution zu beseitigen und der Neuanbau des Wirtschaftslebens zu fördern, damit uns wieder Lebensbedingungen geschaffen werden, unter denen zu streben und zu arbeiten mehr Freude macht als jetzt. Möge die Politik, die die Nationalversammlung gemeinsam mit der Reichsregierung durchführt, uns über die ungewöhnlichen Schwierigkeiten der nächsten Monate hinwegbringen. Erst wenn wir über diesen dunkelsten aller Winter glücklich hinweg sind, dürfen wir aufatmen und der Zukunft des deutschen Volkes zuversichtlich ins Auge sehen.

## Die erste Sitzung.

Präsident Behrens eröffnet die Sitzung um 11,15 Uhr und begrüßt das Haus mit folgenden Worten: Die deutsche Nationalversammlung hat den Umzug von Weimar nach der Reichshauptstadt und nach dem Heim der deutschen Volksvertretung vollzogen. Möge dieser Umzug segensreich bleiben! Seitdem wir in Weimar auseinandergeschieden sind, ist die Nationalversammlung von einem schweren Verluste betroffen worden. Der Abg. Friedrich Kaumann, der seit 1907 Mitglied des Reichstages war, ist verstorben. Der heimgegangene Kollege war ebenso hervorragend als Mensch wie als Parlamentarier. Die Nationalversammlung hat entschieden ihren allernächsten Redner vorzuziehen, nämlich einen immer lebenswürdigen und bescheidenen Freund. Die reichen Göttergaben hat er der Menschheit gewidmet. Sie haben sich zu seinem Ehren von den Vätern erhoben, ich stelle ihn fest. Auf der Tagesordnung stehen 23 kleine Anträge, die zum Teil schon im Juni eingebracht worden sind. Einige werden wohl verlesen, aber es müßte sich kein Regierungsvertreter, sobald die Anträge zurückschickung werden müssen.

Abg. Petersen (Dem) weist auf die Behauptungen des Seemannsbundes hin, wonach die deutschen Redner es verstanden hätten, daß die Entente auf den an die Entente abzuliefernden Schiffen diese verlassen mußten. Er bittet um die Beilegung, daß das unrichtig ist.

Ministerialdirektor Dr. von Jacquieres bekräftigt das. Es handelt sich um eine bestimmte Bedingung der Entente.

Abg. Böbe (Soz) weist darauf hin, daß Vertreter des Völkerbundes zum Schutze der deutschen Kriegsgefangenen in Pommern und Ostpreußen dem englischen Gouverneur in Königsberg erklärt, es sei eine Voraussetzung der deutschen Regierung, wenn die Ärzte der Heimkehr der Gefangenen noch nicht eingeleitet sind. Der Reichsanwalt Bauer habe auch erklärt, es wurde behauptet, man habe kein Geld für Heilungsmittel. Solchen Behauptungen solle man entgegenstellen.

Reichsminister Stücken stellt fest, daß tatsächlich die beiden Herren aus Pommern und Ostpreußen keine Anträge gestellt haben. Der Reichsanwalt hat niemals eine solche oder eine ähnliche Bemerkung gemacht. Er hat stets alles getan, um die Heimkehr zu fördern. Das unwürdige Verhalten der beiden Herren muß daher vor aller Öffentlichkeit festgestellt werden. Die Regierung tut alles, um zu verhindern, daß die Kriegsgefangenenfrage zu politischen Zwecken mißbraucht wird. Mit Genehmigung stellte sie fest, daß der Heimtransport sich bisher durchaus glatt abgewickelt hat, und daß die Kriegsgefangenen dankbar und erfreut an-

prüfer für die un-  
nungen werden hier  
vermittlungs Bau-  
völligung von Bau-  
da man in diesem  
will. —  
kaufe soll möglichst  
—  
vom Bankhaufe  
Heinze  
Lichtenstein-Callenberg  
18, 19 27, 9, 19  
7, 77, —  
78, 625  
64, 50  
67, —  
72, —  
65, 125  
87, 25  
90, 50  
90, 25  
99, 75  
87, 25  
98, 50  
99, 75  
190, —  
280, —  
198, —  
248, —  
192, —  
187, —  
280, —  
315, —  
137, 75  
243, 75  
174, 75  
142, 75  
189 1/2  
114, —  
212, 50  
700, —

wein-  
schen  
enstein.  
rke  
pferde  
genger Umstände  
arm,  
rofel.  
übersehen!  
schöne Aufmachung,  
100 Dosen 40 Mk.,  
1000 Dosen 400 Mk.,  
la Wachsware, 100  
n 650 Mk.  
erfett, Beste Artikel  
rasalemer Balsam-  
le-, Leder-, Stahl- u.  
end. Preis, verlangen.  
Körnerstraße 10.  
für eine Fabrik-  
nstein  
n.  
eschäftsstelle dieses  
ermählung  
argebrachten  
hlen wir uns  
k  
Köhler  
ndorf.